

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL J. PETER, President.
1311 Howard Str. Telephone: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Mittwoch, den 19. September 1917.

Ein Schlag gegen die deutschen Zeitungen.

Als feinerzeit Senator King von Utah, in Uebereinstimmung mit einer durch politische Enttäuschungen verursachten und durch leidenschaftlichen Hohn diffamierten Anregung Theodore Roosevelt's, im Bundesrat einen Verleumdungsgesetz einbrachte, der es den deutschsprachigen amerikanischen Zeitungen verbietet, irgendwelche Kommentare oder Besprechungen über den Krieg und die Kriegspolitik zu veröffentlichen, wenn ihnen nicht eine wortgetreue englische Uebersetzung beigegeben werde, war die Ansicht des Antragstellers, die deutsche Presse des Landes zu schikanieren, unverkennbar. Um so mehr muß es wundernehmen, daß der Senat, in dem doch eine Anzahl vornehmliche Männer sitzen, den ständigen Vorschlag ohne Diskussion, ja ohne eine nennentliche Abstimmung als Jutag einer bereits vorher ohne diese Bestimmung vom Senate angenommenen Bill angehängt hat, die jetzt dem Kongressausschuß des Kongresses zur Erledigung vorliegt.

Erklärt sich Kongressausschuß und Haus mit den Änderungen und Zusätzen des Senats einverstanden, so ist die Bill Gesetz. Wir geben uns indessen der Erwartung hin, daß eine solche wichtige, so tief in das Geschäftsinteresse der deutsch-amerikanischen Zeitungen eingreifende Angelegenheit wieder im Ausschuss noch im Hause in solcher Zeit, wie es im Senat geschehen, über das hinweggehen werden und daß der endgültigen Entscheidung eine gründliche, sachliche Ermägung des Für und Wider vorbehalten wird. Im Senat gelangte die Bill nebst den Zusätzen zur Annahme, obwohl während all der Tage, an denen sie zur Vernehmung vorlag, durchschnittlich nur ein Dutzend Senatoren anwesend waren.

Wenn der Senat etwa befürchtet hat, daß die Kommentare der deutsch-amerikanischen Zeitungen ohne die beigegebene englische Uebersetzung nicht zur Kenntnis der Bundesbehörden gelangen, so ist er in einem Irrtum befangen. Die deutschen Zeitungen erreichen sich der ganz besonderen Aufmerksamkeit der Bundesbehörden, und diese sind vollständig mit allem, was sie schreiben, vertraut. Die Kenntnis an das Publikum vermitteln überdies mit Vorliebe gewisse englische Zeitungen, wobei es ihnen indessen nicht im geringsten darauf ankommt, ob sie bei der Wiedergabe die und da allzu viel auftragen oder gar den Sinn vollständig entstellen. In dieser Hinsicht ist also für die Sicherheit der Ver. Staaten vollkommene Sorge getroffen.

Allen systematischen Sehverfäuden gegenüber bewahren die in deutscher Sprache erscheinenden amerikanischen Zeitungen in bewundernswürdiger Weise ihre Ruhe und Würde, in dem Bewußtsein, daß sie, wie stets, auch in dieser Sache den Ver. Staaten unerschütterlich die Treue bewahren und nur für das Eintreten, was sie aus innerer Ueberzeugung für das Beste des Landes halten.

„10,000 deutsche Verbrechen“ und „Photos“ lügen nicht.

Vor einer von amerikanischen Notizen Kreuz einberufenen Versammlung von rund 1,000 Chautauqua- und Luceum-Mitgliedern im La Salle Hotel zu Chicago sagte Herr George Creel, der Vorsitzende des Informationsbüros in Washington u. a.: „Wir sind nicht hier, um den Krieg zu entzünden. Wir rufen nicht, daß die Welt durch die Feinde derer mit ausländischen Namen zu werden. Wir erwarten von Ihnen, die Sie alle Teile des Landes durchdringen, nur, den Krieg zu beenden, die von einem kleinen, aber außerordentlich tätigen unloyalen Element ausgeht.“ Herr Creel sagte dies, nachdem er erklärt hatte, er komme mit einer „Vollmacht vom dem Präsidenten“ vor die Versammlung.

In einem Referat verurteilte die „Sunday Tribune“ auf einen „offenen Brief“ des „Detroit Journal“ an „Wilhelm Hohenzollern, Herr von Leben und Tod und der hohen, mittleren und niederen Gerechtigkeit“ durch den dies Blatt zu zeigen sucht, daß wir im Namen der Menschlichkeit kämpfen, die Millionen belgischer Opfer deutscher Grausamkeit zu rächen. Diese Behauptung zu begründen, „führt das Journal andermal Spalten mit barockhaft ausgewählten (padded) Zitate aus dem Vence-Bericht über „deutsche Grausamkeiten in Belgien“.

Die Tribune ist mit dieser Erklärung und Begründung unserer Kriegsjahre nicht einverstanden. Sie sagt, sie erachte den Vence-Bericht als unvereinlich, wenn auch unabsichtlich parteiisch. Es bliebe zwar auch nach allen gehörigen Vorfragen noch genug übrig, den deutschen Einfall in Belgien als grausam, ungerecht und barbarisch zu humpeln, aber auch dafür gebe es verschiedene Erklärungen und Entschuldigungen und jedenfalls sei es nicht wahr, daß die deutschen Grausamkeiten in Belgien uns in den Krieg heringezogen, oder wir Krieg führen, sie zu rächen.

Sie die Tribune am Sonntag. Am Montag aber bringt die Tribune — wie auch die übrigen englisch schreibenden Morgenblätter — an allererster Stelle den ersten Teil eines Berichtes des Rev. Lowell Dwight Sillis über die deutschen Grausamkeiten im südlichen Frankreich, den der genannte Geistliche in der Form von sechs Predigten der Öffentlichkeit übergeben wird. Dieser Bericht ist das Ergebnis einer Untersuchung, die Rev. Sillis im Auftrag der American Bankers Association veranfaßte und stützt sich auf Photographien und Aussagen von Flüchtlingen, aufgenommen „von gewissen Leuten, die den deutschen Armeen in ihren Fußstapfen folgten.“

Die betreffende New Yorker Depesche der Tribune ist betitelt „Photos beweisen 10,000 Verbrechen seitens Deutschlands“, und läßt den Rev. Sillis gleich in der Einleitung folgen: „Die Photographien von toten und verletzten Soldaten, Kindern und Greisen lügen nicht.“ Es ist aber bekannt, daß Photographien sehr oft lügen, und erwiesen, daß schon viele derartige Photographien künstlich hergestellt wurden und nichts Anderes waren als ganz infame, ausgedehnte Lügen. Es ist gewiß, daß Rev. Sillis vielleicht so „unabsichtlich“, aber auch so „unvermeidlich“, wie der darüber britische Posthalter in Washington, Lord Bever, sich der Parteilichkeit und lächerlichen Ungerechtigkeit, unwillkürlich oder willkürlich der Lüge schuldig machte, indem er auf die Photographien und Aussagen hin, die „gewisse Leute“ aufgenommen, indem sie „in den Fußstapfen der deutschen Armeen folgten“, in die Welt hinaus „predigt“, Deutschland habe in Frankreich 10,000 menschliche Verbrechen begangen. Das muß jeder erkennen, der sich noch etwas Urteilsfähigkeit und Gerechtigkeitssinn bewahrt; und das wissen vor allen Anderen ganz genau die Schriftleiter der großen Zeitungen, die die New Yorker Depesche an erster Stelle bringen, denn dumm sind die ganz gewiß nicht; sie kennen ihre Pappentelmer, und wissen, wie's gemacht wird.

Grausamkeiten, Schweißarbeiten kommen in jedem Kriege vor und auf allen Seiten, denn der ganze Krieg ist schweißig. Wer den deutschen Charakter einigermaßen kennt, wird es nicht glauben können, daß die deutschen Soldaten besonders grausam und barbarisch handeln und sich auch nur einen größeren Bruchteil der Grausamkeiten zuschulden kommen lassen, die ihnen zur Last gelegt werden. Indessen — man sagt, „häufig Wiederholung einer Lüge macht sie zu Wahrheit.“ Vielleicht hofft man, die Massen doch noch zu dem Glauben zu bringen, daß alle Deutschen blutdürstige, schweißige Barbaren, Frauenhänder und Kindermörder und Folterter hülfslos Greise sind, daß Grausamkeit und feiger Vulturbüß der Grundzug menschlichen Wesens ist.

Wenn das der Zweck der Uebung ist, der Rev. Lowell Dwight Sillis zu diesem Zweck „predigt“, und die amerikanische Weltpresse zu diesem Zweck seinen „Predigten“ die weiteste Verbreitung gibt, dann handeln sie der Politik der Regierung schmerztrads entgegen. Denn, „wir sind nicht hier, um den Krieg zu entzünden“, sagte George Creel, als er der Versammlung im La Salle Hotel unmittelbar vom Präsidenten eine Vollmacht brachte, und der Präsident hat zu verschiedenen Malen erklärt, „wir kämpfen nicht gegen das deutsche Volk“, und „wir hätten und lieben das deutsche Volk.“ Die „Predigten“ des Rev. Sillis sind aber noch viel gefährlicher als der Bericht des Lord Bever, den die „Tribune“ als notwendigsten parteiisch und damit ungerecht bezeichnet, und können nicht anders bewenden und zu nichts Anderem führen, als zu Massenhass und Mißtrauen.

Im höchsten Grade unloyal und unpatriotisch sind Amerikaner, die solche Predigten. Lord Bever ist Engländer — das mag ihn entschuldigen. Rev. Lowell Dwight Sillis aber gilt als Amerikaner, ist Prediger in einer amerikanischen Kirche.

Einfluß des Krieges auf Einwanderung?

Einwanderung auf 362,877 im Jahr gesunken, ein Minus von rund einer Million gegen 1914.

New York, 19. September. — Einwanderungs-Kommissar Frederick C. Howe sagt in einem interessanten Artikel über die Einwanderung in die Ver. Staaten: Die Einwanderungsstatistik für das am 30. Juni 1917 abgeschlossene Fiskaljahr weist nach, daß 362,877 Ausländer nach den Vereinigten Staaten kamen, gegen 366,784 in 1916 und 431,244 in 1915. Dagegen sind im Fiskaljahr 1914, das knapp vor Ausbruch des Krieges zu Ende ging, 1,403,081 Personen eingewandert.

Natürlich bedeuten diese Zahlen die Netto-Einwanderung, denn jedes Jahr verlassen Eingewanderte in großer Zahl wieder das Land und kehren aus verschiedenen Gründen wieder in ihre Heimat zurück. Im Jahre 1914, als die Netto-Einwanderung ihren Höchststand erreichte, verließen 633,805 das Land, so daß die Nettozunahme unserer Bevölkerung aus dieser Quelle nur 769,276 betrug. Was die Einwanderung des Jahres 1917 von anderen unterseidet, ist die Abnahme in der Zahl der auswandernden Fremden und der dementsprechende Zuwachs unserer Bevölkerung unter den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen. Im Jahre 1915 betrug dieser Zuwachs nur 50,070, da viele Fremde als Helfer nach Europa zurückgingen. Im Jahre 1916 betrug der Nettozuwachs 12,941, im letzten Fiskaljahr aber 216,498.

Nicht ganz die Hälfte der Total-Einwanderung in 1917 ging durch den Hafen New York. Das bezeichnende von der gegenwärtigen Einwanderung ist nicht ihre Quantität, sondern ihre Herkunft. Die deutsche Einwanderung hat so gut wie aufgehört. Sie fiel von 79,871 in 1914 auf 9682 in 1917. Dagegen ist die französische Einwanderung von 18,166 in 1914 auf 21,405 in 1917 gewachsen. Die englische Einwanderung fiel in den erwähnten Jahren von 138,051 auf 17,342. Die irische wurde um die Hälfte beschnitten, fiel von 33,898 auf 17,462. Die italienische Einwanderung betrug letztes Jahr nur ein Zwackel der Einwanderung in 1914. Die Einwanderung von Polen, Ungarn, Böhmen, Bulgaren, Serben und Montenegro ist fast verschwunden, auch gab es 1917 so gut wie keine russische Einwanderung. Aus Skandinavien kamen 19,596 gegen 36,053 in 1914. Die schottische Einwanderung ist gleich geblieben, die portugiesische, spanische und spanisch-amerikanische hat zugenommen, doch handelt es sich bei diesen um ganz unbedeutende Zahlen.

Die Auswanderung wurde durch den Krieg und die Prosperität im Lande eingeschränkt, aber nicht annähernd so stark als die Einwanderung. Die Zahl der Auswanderer in 1914 war, wie erwähnt, 633,805, im Jahre darauf fiel sie auf 384,174, war also der Einwanderung ungefähr gleich. In 1916 betrug sie 240,807, um in 1917 auf 146,379 zu fallen. Seit nunmehr drei Jahren haben der Mangel von Transportmitteln und des Embargo der kriegführenden Nationen die Hälfte der Hauptemwanderung fast zum Verliegen gebracht, denn nur dem Kriege kamen mehr als 70 Prozent der Einwanderung aus Italien, Ausland, Polen, Desterreich-Ungarn und den Balkanstaaten. Und aus diesen Ländern wird auch die große Einwanderung kommen, die, wie man annimmt, nach dem Kriege einleiten dürfte.

Das neue Einwanderungsgesetz, das die Majorität der Einwanderer des Bildungstest unterwirft, trat erst im Mai in Kraft, so daß sein Einfluß auf die Verminderung der Einwanderung in den Statistik für 1917 nicht ersichtlich ist. Dies kann sich in Kriegsjahren auch nicht offenbaren, weil im südlichen und im Zentral-Europa das Mitteratentum am stärksten ist und gerade diese Länder durch den Krieg verheert sind, Leute an uns abzugeben.

Aus Des Moines, Ia.

Sämtliche Angestellte der Des Moines Straßenbahn Gesellschaft, sowie auch diejenigen der elektrischen Straßenbahn erhielten kürzlich eine Gehaltsaufbesserung von einem Cent per Stunde. Herr C. Schmidt, Präsident obiger Gesellschaften, erklärte, daß diese Gehalts-erhöhung eine Anerkennung der Mäßigkeit ihrer Arbeiterkraft darstellt. Die Lohnerhöhung bedeutet für diese Unternehmen eine monatliche Mehrausgabe von ungefähr \$3,000.

Die Bewohner des sechs Meilen südlich von hier liegenden Dorfes Adelphi wurden letzten Donnerstag aus ihrer wohlverdienten Nachtruhe gerüttelt, als vier Geschützen des Scheriff, welche sich in der Nähe des Bahnhofs befanden, auf mehrere Männer, welche Braumwein, in Koffern verpackt, einzuschmuggeln versuchten, wachte Salven schossen. Ein Mann namens Arthur Christian wurde verhaftet, während die anderen unter Jurisdiktion von 20 Gallonen Whiskey das Weite suchten. Sheriff Griffin selbst leitete gleichzeitig an anderer Stelle eine „Raid“, welche einen ganzen Koffer voll dieses angefeindeten Getränkes enthielt.

Daß es auch in unserer ansehnlichen Knagentrophen Stadt etwas härteres als Braumwein zu trinken gibt, bewiesen kürzlich die beiden Leutnants D. F. Brown und G. Drumm, Feldartillerie-Regiment No. 339. Diese beiden Offiziere wurden wegen Trunkenheit und unanständigen Betragens von Feldwebel Arthur Welch, von der Polizeibehörde, verhaftet. Die Uebelthäter befinden sich jetzt in Haft und erwarten die Entscheidung des Kriegsgerichtes, welches in wenigen Tagen zusammenzutreten wird. Sollten sie schuldig befunden werden, dann besteht ihre Bestrafung in der Abschaffung aus dem Meer.

Die drei Soldaten, welche vor einigen Tagen von einem Farmer namens J. S. Drake angepöbeln wurden, als sie angeblich sein Weizenfeld plünderen, gehen ihrer Bestrafung entgegen. Die Soldaten legten jede Schuld und behaupten, auf der offenen Landstraße angepöbeln worden zu sein. Drake befindet sich hinter Schloß und Riegel, bis die Angelegenheit geklärt wird.

Die kürzlich eingereichte Petition, welche die Schließung aller Erfrischungslöcher verlangt, welche hier, unüberwindliche Getränke halten, hat eine tüchtige Wafur erlitten. Der Stadtrat denkt gar nicht daran, die Sache zu diskutieren, und wie wenig die Offiziere des Rates damit einverstanden wären, beweist die Tatsache, daß man sich dort selbst mit der Absicht trägt, ein großes Erfrischungslöcher am Lagerplatz zu eröffnen, um den Refrakten Gelegenheit zu geben, sich ihren Durst auch an etwas Anderem, als bloßen Glänzein zu stillen.

Herr John Suggins ist soeben von seinen Lindereisen in Whonting zurückgekehrt. Er hat sich daselbst etwa zwei Wochen aufgehalten und wird demnächst eine Reihe nach Milwaukee antreten.

Ein früherer angelegener und geschätzter Bürger unserer Stadt, Herr Wm. Korns, war vor wenigen Tagen mit seinem Sohne Thomas hier auf Besuch und wurde von seinen zahlreichen Freunden auf das herzlichste willkommen geheißen. Herr Korns, welcher früher hier eine Brauerei betrieb, betreibt jetzt eine große Bäckerei in Davenport.

Dem Verdienst keine Krone. Herr Paul W. Kuhns, langjähriger Sekretär der Confederate Savings and Loan Association, wurde gestern vom Direktorium dieses Finanzinstitutes zum Präsidenten desselben erwählt, um die Stelle des kürzlich verstorbenen George J. Gilmore einzunehmen. Herr James A. Deans, welcher für eine Reihe von Jahren der Hilfskassierer dieses großen Unternehmens war, wurde gleichzeitig zum Sekretär desselben ernannt. Diese Neuernennung wurde als Anerkennung für die Mäßigkeit dieser beiden Männer gemacht, welche diese während der Abwesenheit des früheren Präsidenten, des Herrn Gilmore, bewiesen haben.

Gutes verbessertes Farmland

Kostet heute von \$100 bis \$250 per Aker. Vor zehn oder fünfzehn Jahren wurde dieses Land von \$25 bis \$35 per Aker verkauft.

Es gibt noch immer gutes Farmland, das für \$25 verkauft wird. Ein großer Gewinn steht für den Mann in Aussicht, der jetzt kein Geld im Farmland anlegt.

Leit die Farmland-Anzeigen auf Seite 6 heute noch! Morgen ist es vielleicht zu spät!

RIGA---AND AFTER.

The fall of Riga to the Germans is a serious military reverse to the Russians. But the manner of its fall is even more serious. It is a grave symptom of the malady which is eating out the heart and the strength of Russia.

Riga, the second most important port of Russia, and its most important port on the Baltic, had held out against Hindenburg's blows for two years. It was Riga, under the command of the Bulgarian Gen. Radko Dimitrieff, that put a stop to the German advance at a time when it seemed that the impetus of the German armies would carry them to Petrograd. A few weeks ago Dimitrieff resigned his command because he despaired of the morale of his troops.

And now the Russians surrender Riga practically without striking a blow. They surrender it for the same reasons that made their recent offensive in Galicia a costly fiasco. They surrender because there were too many soldiers in the ranks who refused to fight—too many units that abandoned their trenches under the German fire. As in Galicia, so in Riga, the weakness of the Russian armies is made patent to all the world in the unwillingness of Russian soldiers to face the enemy. This is a new tradition for Russian soldiers. It presents a sharp contrast to the dogged tenacity which the Russian soldier, a born fighter, has displayed in every previous war, no matter how great the odds against him, no matter how grave the errors of his commanders.

The fall of Riga, then, furnishes new and appalling evidence of the disintegration of the military strength of Russia. It shows that disintegration is continuing despite the policy of "blood and iron" which the new government, under the vigorous domination of Premier Kerensky, has been pursuing ever since it took up the reins. It indicates the failure of that policy to accomplish, even at this stage, the moral regeneration of Russia's forces of defense against invasion.

Taken in conjunction with the wholesale arrest, two or three days ago, of participants in a conspiracy to restore the monarchy, the debacle at Riga appears in its true perspective as a peril, not only to free Russia but to the friends who have come so promptly to her aid. It discloses a peril to Great Britain, France, Italy, and to all the small nations that are ranged under the banners of the entente. And, on humanitarian as well as practical grounds, it presents a problem of pressing importance to the United States.

No government, no system of government, can withstand many successive shocks so heavy as the failure in Galicia and the retreat from Riga and on the road to Petrograd. The reactionary forces in Russia realize the strategic value of the moment. They are seizing the tragic opportunity to point out to the Russian people the contention that the overthrow of the czar and his centralized government is exposing them to the danger of subjugation by a foreign foe, and that that foe is already advancing to the capital.

Czarism in Russia is not dead. It is biding the opportunity to reassert itself, and it is becoming evident that the opportunity is at hand. Whether the autocracy is re-established in its old form, or whether it takes the new form of a dictatorship backed by Cossacks, would make little difference to the Russian people. In fact, an autocracy under a new form would be more oppressive than the old, because it would be hungrier for power, more thirsty for power, and therefore more relentless in its methods than the old. Russia needs now more than ever the support of the united moral and material resources of her allies.

(New York Evening Mail.)

— Aufrichtig. Mutter: Nun, Elise, hast du gar keine Freunde an deinem neuen Schwelger?

Elise: Nein, Mama, eine Puppe, die schreien kann, wäre mir lieber gewesen!

— Veruhigung. Arzt: „Gut, erst habe ich Ihrer Frau Gemahlin mal etwas gegen die Heiserkeit verschrieben.“

Gausberr: „Das war nicht das Richtige.“

Arzt (vertraulich): „Es hilft ja auch nichts!“

A Statement of Gen. Pershing.

No Active Participation of his Army in the Campaign against Germany before Next Year.

Because most of the English newspapers for reasons of their own, saw fit to withhold from their readers a highly important statement of Major General Pershing, the commander of our army in France, we deem it our duty to herewith reprint the original Associated Press dispatch which conveyed to the American public the information that a full participation of our expeditionary forces in the campaign against Germany must not be expected before next year:

Paris, Sept. 2.—Major Gen. Pershing who has remained in Paris clearing up the work at his old headquarters, declared today in connection with the plans for the coming winter that the American people must learn the meaning and value of patience, and not expect that the expeditionary forces landed in France can be rushed immediately to the front line trenches. To put an inadequate, insufficiently supplied force into actual combat, he said, would merely be making a mistake, which the Germans unquestionably have hoped and expected the United States would make. It is the determination, rather, that when America does take her place in the line shoulder to shoulder with the other allies next year, she will be fully prepared to go through the summer campaign and make the Germans feel the full weight of her military power.

“Those of us who have fully studied the situation and who know what is necessary to be done,” said Gen. Pershing to the Associated Press, “are anxious that the people at home shall strive to realize the immensity of the task in which we are engaged and shall, through patience and confidence, help us to accomplish that task in the shortest possible time. Everything is going well with us both as a nation and as an army. We are making giant strides day and day, but we are just started.”

“We came into the war without an army. We have always been a peace loving people, and undoubtedly the great majority of us hoped we should be spared war. So now we must build an entire new organization and build it so big and so strong that we can take our place along with our allies, who already have had three years' time and experience. “I realize how very difficult it is for the people at home to visualize the war, to visualize the effort that lies behind the war. Our problems are greater than any France or Great Britain had to solve but we are solving them and will continue to do so.

“It is impossible to create a vast fighting machine merely by the wave of a wand. I wish that it were possible to do so and that we might be fighting the German government this minute. We know that the only way to defeat the German army is to hammer it and keep on hammering it. That is what we expect to be doing with all our fresh strength and enthusiasm during next year's campaign. But until we can properly take our place in the line, the people must be patient and so confident as we are, who know what we are doing and what we must do.”

Frank A. Vanderlip, one of the leading financiers of the United States, made the other day the following remark: “We are sailing, not drifting, toward government ownership of railway. This is neither a criticism nor a warning. It is what I believe to be an inevitable fact.” We sincerely hope that he is right.

The science of political economy has for many years taken up the study of the problem of the State management of industrial business. It may be considered from two different points of view. First as a source of income for the payment of the expenses of the State, whereby the tax burden of its citizens may be lightened. Or as a duty of the State, to safeguard and manage, for the benefit of the public, a business indispensable to all the inhabitants of the State, which is beyond the reach of private means, without regard for private gain or without any danger of its discontinuation, if a deficit should have to be covered by other taxes.

This theory is a refutation of the opinion that government ownership of railroad is an exclusively socialistic measure. Naturally the plan corresponds in a number of its features to the program of the Socialists, but it may be conceived and carried through entirely independent of any socialistic ideas, and probably would not quite come up to the ideas of the Socialists. France, Italy, Germany and Austria already long years ago have established government ownership of railroads, without considering this as a concession to their Socialist parties. The proposition was studied and adopted merely from a political and economical standpoint.

Americo always had the system of private ownership, although quite often tempered by a semi-official management of the railroad under a receiver appointed by a Court of Record. And this was fair and just. For neither the government nor the states could have assumed the risk to build tracks thousands of miles long through uninhabited parts of the Union.

The men who took this risk

shall strive to realize the immensity of the task in which we are engaged and shall, through patience and confidence, help us to accomplish that task in the shortest possible time. Everything is going well with us both as a nation and as an army. We are making giant strides day and day, but we are just started.

“We came into the war without an army. We have always been a peace loving people, and undoubtedly the great majority of us hoped we should be spared war. So now we must build an entire new organization and build it so big and so strong that we can take our place along with our allies, who already have had three years' time and experience.

“I realize how very difficult it is for the people at home to visualize the war, to visualize the effort that lies behind the war. Our problems are greater than any France or Great Britain had to solve but we are solving them and will continue to do so.

“It is impossible to create a vast fighting machine merely by the wave of a wand. I wish that it were possible to do so and that we might be fighting the German government this minute. We know that the only way to defeat the German army is to hammer it and keep on hammering it. That is what we expect to be doing with all our fresh strength and enthusiasm during next year's campaign. But until we can properly take our place in the line, the people must be patient and so confident as we are, who know what we are doing and what we must do.”

U. S. Railroad Ownership.

The War Offers an Opportunity Which May Never Come Again.

Frank A. Vanderlip, one of the leading financiers of the United States, made the other day the following remark: “We are sailing, not drifting, toward government ownership of railway. This is neither a criticism nor a warning. It is what I believe to be an inevitable fact.” We sincerely hope that he is right.

The science of political economy has for many years taken up the study of the problem of the State management of industrial business. It may be considered from two different points of view. First as a source of income for the payment of the expenses of the State, whereby the tax burden of its citizens may be lightened. Or as a duty of the State, to safeguard and manage, for the benefit of the public, a business indispensable to all the inhabitants of the State, which is beyond the reach of private means, without regard for private gain or without any danger of its discontinuation, if a deficit should have to be covered by other taxes.

This theory is a refutation of the opinion that government ownership of railroad is an exclusively socialistic measure. Naturally the plan corresponds in a number of its features to the program of the Socialists, but it may be conceived and carried through entirely independent of any socialistic ideas, and probably would not quite come up to the ideas of the Socialists. France, Italy, Germany and Austria already long years ago have established government ownership of railroads, without considering this as a concession to their Socialist parties. The proposition was studied and adopted merely from a political and economical standpoint.

Americo always had the system of private ownership, although quite often tempered by a semi-official management of the railroad under a receiver appointed by a Court of Record. And this was fair and just. For neither the government nor the states could have assumed the risk to build tracks thousands of miles long through uninhabited parts of the Union.

The men who took this risk

were fully entitled to the enormous profits of this enterprise, but the government never could have allowed them. The urgent demand for cheaper transportation and freight rates made by the ever increasing population of the country later on cut more and more into the profits, and high interest rates of the loans and the ever increasing demands of the employees continuously raised the expenses of the railroads. Under the presidency of Roosevelt, this clash of interests came to a focus and it assumed such proportions, that it caused a nearly complete suspension of the construction of new lines notwithstanding the absolute necessity of the extension of our railroad systems.

This was the first step toward government ownership. And the government proceeded to determine the price to be paid the owners for their systems, the acquisition of which it has decided upon long ago. But the problem or carrying out this policy in the face of the peculiar laws of forty-eight states, for the regulation of the railroads is a difficult task, which has caused many a headache to the learned exponents of this plan before the war started.

And now the war offers an opportunity which may never come again, to do in one stroke what perhaps we would not have achieved in decades. To let it pass without profiting by it would be a mistake for which there would be no excuse. Most of the railroads have been financed by loans, which can easily be converted into long-term national loans. The settlement with the stockholders is a more difficult problem, but probably on this question a way will be found also to pay them off at reasonable rates, and to leave them at least part of their previous dividends, until they receive the last installment of the purchase price.

We are fully convinced that every American having the welfare of this country at heart, including all the intelligent railroad magnates and financiers of this country would gladly welcome the first step toward this commendable goal.

(Ill. Staats-Ztg.)



OLD KING FOOD

Old King Food in his merriest mood sat a watching his garden plot. He counted his buds and he reckoned his beans. And he said "Will ye starve? We will not."

From the National Emergency Food Garden Commission, Maryland Building, Washington, D. C. The Commission will send a manual on Home Canning or on Home Drying of Vegetables and Fruits free upon receipt of 2 cents for postage.